

# Zwischen Abwehr und Integration

**W**eltweit soll es 175 Millionen Migranten geben. Das Wachstum der „irregulären“ oder illegalen „Völkerwanderung“ stelle mehr als das Weltflüchtlingsproblem die eigentliche globale Herausforderung dar, war von Experten bei einer gemeinsamen Tagung der Katholischen Akademie in Bayern und der Diözesanakademie Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg zu hören. Die Menschenrechte hätten für alle Migranten zu gelten, „Illegalen“ müssten soziale Grundrechte – Gesundheit, Schule, Schutz vor Ausbeutung – gewährt werden, lautete eine zentrale Forderung.

„Wir brauchen eine bessere Integration und sind integrationspolitisch schon ein Vierteljahrhundert zu spät daran“, klagte Prof. Klaus Bade, der an der Universität Osnabrück Neueste Geschichte lehrt und dort das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien leitet. Er selbst habe in all den Jahren mit seinen Warnungen vor den „gefährlichen Folgen politischer Fahrlässigkeit im Integrationsbereich“ wenig Gehör gefunden, meinte der 1944 geborene Bade.

Jetzt müssten schleunigst „attraktive Angebote nachholender Integrationspolitik“ nach der Maßgabe „Fördern und Fordern“ aufgelegt werden, um die Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen, mahnte der Migrationsforscher an und richtete seinen Appell an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und an dessen Präsidenten Albert Schmid. Denn die sozialen Kosten der Nicht-Integration seien doch viel höher als diejenigen, die für eine rechtzeitige Integration aufgewendet werden müssten. Zugleich warnte er nachdrücklich vor „menschenfreundlichem Schönreden in falsch verstandener politischer Korrektheit an der Grenze zur philanthropischen Heuchelei“.

Das mit Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz könne – „trotz mancher Schwä-

chen und absehbarer Umsetzungsprobleme“ – als „ein erheblicher Schritt voran“ gewertet werden. Er warnte jedoch ausdrücklich davor, „zum Zwecke der Erweiterung der Steuerungsspielräume humanitäre Pflichten und ökonomische Interessen gegeneinander aufzurechnen“. Im Zweifelsfall sollten die vom neuen Gesetz eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten „lieber zu generös als zu zurückhaltend“ genutzt werden.

Während man von der Aufnahmegesellschaft die aktive Mitgestaltung des Einwanderungsprozesses erwarten dürfe, müsse man bei den Zuwanderern das Bekenntnis zur Verfassung des Landes, also im Falle der Bundesrepublik zum Grundgesetz einfordern. Das „Schreckbild“ von Parallelgesellschaften wollte der Historiker nicht an die Wand malen. Die Koloniebildung im Aufnahme-land wertete er als normales Phänomen auf dem Integrationsweg, der oft zwei oder drei Generationen dauere. „Klein-Istanbul“ in deutschen Großstädten verglich er mit „Little Germany“ in amerikanischen Bundesstaaten des mittleren Westens im 19. Jahrhundert.

## Gewandeltes Image

Albert Schmid, der über „Wanderebewegungen nach und in Europa“ sprach, verteidigte in seiner Antwort auf Bade das neue Zuwanderungsgesetz. Die lange Zeit bis zur Novellierung des Gesetzes habe zudem die Chance eröffnet, in der Behörde, die er seit 2000 leite, einen Bewusstseinswandel anzustoßen: weg vom Image einer „Ablehnungsbehörde“ hin zum „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“, wie das „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ seit 2004 heißt. Gleichwohl wolle er Defizite im Zuwanderungsgesetz nicht leugnen; so bleibe die Definition der Zielvorgabe vage: „was wollen wir mit Integration?“. Die Zahl der Asyl-antragsteller im europäischen Raum sei seit Jahren rückläufig, referierte

Schmid, und habe derzeit den niedrigsten Wert seit Ende der 80er Jahre erreicht.

Die Verengung legaler Migrationswege und eine restriktivere Asylpolitik in vielen europäischen Ländern habe Schleusern ein lukratives Geschäft beschert. Darauf wies der Politikwissenschaftler Prof. Franz Nuscheler, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen hin. Jedes Jahr würden bis zu vier Millionen Menschen über Grenzen geschleust, die Schlepperorganisationen machten dabei einen Profit von sieben Milliarden US-Dollar. Allerlei „Horror szenarien“ von einem „globalen Marsch“ aus dem armen Süden in den reichen Norden sollte man jedoch entgegenhalten, dass sich das internationale Migrationsgeschehen weiterhin größtenteils zwischen Ländern der „Dritten Welt“ in Afrika und Asien abspiele.

In der Bundesrepublik leben zwischen einer halben Million und einer Million „Illegale“, schätzt Jörg Alt vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst in Berlin. Der Jesuit und promovierte Soziologe (Jahrgang 1961) hat mit seinem 2003 erschienenen Buch „Leben in der Schattenwelt“ auf die Lebenssituation illegaler Migranten aufmerksam gemacht. Er ist auch Geschäftsführer des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität“, das 2004 auf Initiative der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz ins Leben gerufen wurde und dem der Deutsche Caritasverband, die Deutschen Malteser und der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland angehören.

„Wir müssen mit illegaler Migration leben lernen“, ist Alt überzeugt. Sie werde zunehmend „zu einem Netzwerkgeschehen, das leicht zu initiieren, aber schwer zu unterbinden ist“. Legalisierungen, wie sie jüngst in Spanien stattfanden, sind seiner Ansicht nach in der Bundesrepublik derzeit „nicht diskutierbar“.

Er drängt daher auf die Gewährung sozialer Mindeststandards für illegal in Deutschland lebende Menschen und beruft sich damit auf Forderungen, einen langen Atem zu haben, wie sie die Deutsche Bischofs-